

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB sieht die Politik der Koalition gescheitert: Bonn vor einem Trümmerhaufen.

Seite 1

Thomas Schröer MdB verurteilt die Pläne, für „Blockadedemonstrationen“ einen eigenen Straftatbestand zu schaffen: Bundesrichter nicht mehr gefragt.

Seite 3

Magdalene Hoff MdEP kommentiert die Bonner Vorstellungen über den Nachtragshaushalt der EG: Zwischen allen Stühlen.

Seite 4

Dokumentation:

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion hat die Stiftung eines Wilhelm-Hoegner-Preises beschlossen. Begründung im Wortlaut auf

Seite 6

42. Jahrgang / 124

6. Juli 1987

Politik der Koalition gescheitert

Bonn steht vor einem beschäftigungspolitischen Trümmerhaufen

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Falsche Wirtschaftsprognosen, unsolide Finanz- und Steuerpolitik, beschäftigungspolitische Untätigkeit und falsche Weichenstellungen in der Sozialpolitik sind verantwortlich für den politischen und ökonomischen Trümmerhaufen, vor dem die Regierungskoalition zu Beginn der Sommerpause steht. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Koalition sich aus den selbstgeknüpften Fesseln, zum Beispiel ihrer Steuerversprechen, befreit. Gelingt ihr das, wird sich die SPD der Mitarbeit an der Bewältigung der drängenden politischen Aufgaben nicht entziehen.

Die Felder, auf denen politisches Umdenken vordringlich ist, liegen klar auf der Hand:

- Die Bundesregierung muß die Wirtschaftsprognosen der OECD und der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Grundlage ihrer Politik machen und sich von den selbstbetrügerischen Zahlen des Wirtschaftsministers lösen.
- die ideologisch und wahltaktisch bestimmten Steueroperationen sind weder finanzierbar, noch passen sie wirtschaftspolitisch in die Landschaft. Die Fortsetzung der jetzigen Steuer- und Finanzpolitik hätte den weiteren Verfall der öffentlichen Investitionen und der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zur Folge. Der Verlust tausender von Arbeitsplätzen in allen Bereichen der Wirtschaft ist damit verbunden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with composite halftone
reproduction



Der drohende Ruin der Finanzen der Länder und Gemeinden ist gesamtpolitisch nicht hinnnehmbar. Gemeinden und Länder tragen einen großen Teil der Verantwortung für die Grundversorgung der Bevölkerung in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheitsvorsorge, Infrastruktur und so weiter. Die kommunale Selbstverwaltung und der Verfassungsauftrag der Bundesländer wird durch die Finanzpolitik Bonns ausgehöhlt.

- Die drohende Belastung der Endverbraucher (vor allem also Arbeitnehmer, Rentner, Sozialhilfeempfänger et cetera) mit höheren Verbrauchssteuern wird zusammen mit den absehbaren teuren Steuerlasterhöhungen für Arbeitnehmer (Streichung diverser Steuerfreibeträge) zur Schädigung der Binnennachfrage und entsprechend negativen Arbeitsmarktwirkungen führen.
- Der drohende Verlust tausender von Arbeitsplätzen bei Kohle und Stahl und in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen ist die Folge des Versagens der Bundesregierung in Brüssel und einer verfehlten Energiepolitik. Die Regierung hat nicht verhindert, daß unsere moderne Stahlindustrie kaputtsubventioniert wird. Ihre Energiepolitik geht einseitig zu Lasten der Kohle.
- Die kleinen und mittleren bäuerlichen Existenzen werden durch die verfehlte Agrarpolitik gefährdet, für die die Bundesregierung die Verantwortung hat. Auch auf diesem Feld reichen die negativen arbeitsmarktpolitischen Wirkungen über die unmittelbar Betroffenen hinaus.

Diese und weitere absehbare Probleme (Reform der Altersversorgung und des Gesundheitswesens und anderes mehr) machen deutlich: Je länger die Bundesregierung die Augen vor der Wirklichkeit verschließt, je tiefer gerät unser Land in die wirtschafts-, arbeitsmarkt-, und finanzpolitische Krise.

Die Politik der Regierungskoalition ist auf breiter Front gescheitert - jetzt muß sie sich öffnen für vernünftige politische Überlegungen und umdenken.

(-/6.7.1987/vo-he/rs)

* * *



Vertrauen in höchstrichterliche Rechtsprechung nur Vorwand

Zu den Plänen der Bundesregierung, für sogenannte „Blockadedemonstrationen“
einen eigenen Straftatbestand zu schaffen

Von Thomas Schröder MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Verwunderung muß die Antwort der Bundesregierung zu meiner schriftlichen Anfrage zum Demonstrationsstrafrecht vom 9. Juni 1987 auslösen. Noch 1985 hatte die Bundesregierung keine Veranlassung gesehen, Rechtssicherheit bei der Frage der Strafbarkeit von „Blockadedemonstrationen“ herzustellen, wie sie meine entsprechende Anfrage beschied. Zwar komme es vor, daß einzelne Untergerichte den Nötigungstatbestand des § 240 StGB nicht verwirklicht sehen würden, doch gebe es eine gefestigte höchstrichterliche Rechtsprechung.

Tenor: Der Bundesgerichtshof hält an der Strafbarkeit wegen Nötigung fest, die Bundesregierung will die Strafbarkeit, warum also eine Gesetzesinitiative?

Mittlerweile hat der BGH aber entschieden, daß es für die Strafbarkeit einer Blockadedemonstration auf eine Bewertung des Einzelfalles ankomme. Nun rächt es sich für die Bundesregierung, daß sie vor einem Jahr ihre Meinung hinter einem Lob für die höchstrichterliche Rechtsprechung verbarg, in Verkenning der dort vorhandenen Auffassung über das Problem.

So bleibt ihr denn gegenwärtig nichts anderes übrig, als vereinzelte Presseberichte der vergangenen Wochen in der Beantwortung der Anfrage zaghaft zu bestätigen: Man prüfe, heißt es, ob nunmehr, da der vormals ob seiner vermeintlichen Einstellung so gelobte BGH die Straffreiheit von Blockadedemonstranten für möglich hält, eine Gesetzesänderung erforderlich ist.

Der Bundesregierung geht es offenbar nicht um eine einheitliche Rechtsprechung, sondern um eine möglichst restriktive Behandlung der Demonstrationsfreiheit. Offenbar interessiert darüber hinaus auch nicht die Fachkompetenz von Bundesrichtern, wenn Politik mit anderen Mitteln betrieben werden soll.

(-/6.7.1987/va-he/rs)

* * *



Bonn zwischen allen EG-Stühlen

Zu den Vorstellungen der Bundesregierung über den Nachtragshaushalt der Gemeinschaft

• Von Magdalene Hoff MdEP
Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Rechnung geht nicht auf. Der EG-Haushaltsrat hat in Brüssel unter dem Vorsitz der dänischen Präsidentschaft einen Entwurf für den Nachtragshaushalt für 1987 vorgelegt. Die fehlenden Eigenmittel sollen nach diesem Entwurf durch einen Wechsel auf die Zukunft ausgeglichen werden.

Bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt 36,3 Milliarden ECU veranschlagt die EG-Kommission den zusätzlichen Mittelbedarf für dieses Jahr auf circa sechs Milliarden ECU. Damit sollen

- circa 3,9 Milliarden ECU für Agrarausgaben,
- 1,31 Milliarden ECU für Mindereinnahmen bei Zöllen und Abschöpfungen und
- 820 Millionen ECU Defizit aus dem Haushaltsjahr 1986

finanziert werden.

Der Rat schlägt vor, diesen fehlenden Betrag folgendermaßen aufzubringen:

- circa 3,9 Milliarden ECU durch Umstellung der Garantiezahlungen aus dem EAGFL-Fond von Vorauszahlungen auf Erstattungen,
- circa 600 Millionen ECU Restausschöpfung innerhalb des 1,4 Prozent-Mehrwertsteuer-Piafonds,
- circa 657 Millionen ECU durch vorübergehenden Verzicht auf die Verwaltungskostenpauschale der EG an die Mitgliedsstaaten (für die Einziehung der Eigenmittel) und auf vorübergehenden Verzicht auf die 1984 geleisteten freiwilligen Beiträge der Mitgliedsstaaten an die EG,
- circa 315 Millionen ECU durch die Korrektur der Einnahmeschätzungen und
- circa 500 Millionen ECU Einsparungen aus verschiedenen Haushaltskapiteln.

Der Entwurf wird dem EP in dieser Woche in Straßburg vorgelegt. Nach der Haushaltsordnung muß das Parlament dann innerhalb von 45 Tagen nach der Einbringung dazu Stellung nehmen.

Der Rat stellt mit seinem Vorschlag erneut unter Beweis, daß er nur durch Verstoß gegen geltendes Recht und durch Manipulation den EG-Haushalt formal „ausgleichen“ kann. Der Einfallsreichtum von Bundesfinanzminister Stoltenberg und seiner Kollegen bei Verstößen gegen das Haushaltsverfahren erreicht dieses Mal eine neue Höchstform:

- So werden mit der Umstellung der Vorschußzahlungen im Agrarbereich in Zukunft „Vorschüsse nachträglich“ (zwei Monate später) gezahlt.



- Es werden willkürlich durch überhöhte Einnahmeschätzungen Einnahmeansätze geschaffen.
- Es werden regelwidrig wie bisher Ausgaben auf das nächste Haushaltsjahr vorgetragen, unter anderem durch die Verschiebung der Rückerstattungen an die Mitgliedsstaaten. Die Absurdität dieses Verfahrens wird dadurch deutlich, daß die 1984 geleisteten Vorschüsse, die eigentlich längst zurückgezahlt sein sollten, erneut um ein Jahr gestundet werden.

Insgesamt führt das dazu, daß der Haushalt für 1988 schon im voraus mit einer „Defizitverschiebung“ von mehr als eine Milliarde ECU vorbelastet ist.

Eine weitere Absurdität ist, daß die Regierungschefs sich für den 88er Haushalt auf dem Brüsseler Gipfel darauf geeinigt haben, daß über die Einnahmen erst am Jahresende 1988 beschlossen wird. Wie unter solchen Bedingungen am Jahresbeginn ein Haushalt aufgestellt werden kann, bleibt ein Geheimnis unter anderem von Herrn Stoltenberg.

Wer wie die deutsche Bundesregierung in Brüssel einerseits für die Beibehaltung hoher Agrarsubventionen eintritt, andererseits aber nicht bereit ist zu entscheiden, woher das Geld dafür kommen soll, gerät zwischen alle Stühle.

Vernünftige Politik im Interesse der Steuerzahler und der Landwirte darf nicht länger durch einen Brüsseler Eiertanz der Herren Kiechle und Stoltenberg ersetzt werden.

Diese Rechnung geht nicht mehr auf.

(-/6.7.1987/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Bayerische SPD-Landtagsfraktion stiftet Wilhelm Hoegner-Preis

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat auf ihrer letzten Sitzung am 1. Juli 1987 einstimmig die Stiftung eines Wilhelm-Hoegner-Preises beschlossen und in diesem Zusammenhang mitgeteilt:

Der Preis wird alljährlich, erstmals 1987, an eine Persönlichkeit oder an eine Organisation verliehen, die sich in hervorragender Weise um die Erhaltung und Sicherung der Freiheitsrechte und Bürgerrechte im Freistaat Bayern verdient gemacht hat. Die SPD-Landtagsfraktion will mit diesem „Bürgerpreis“ Bürgerinnen und Bürger öffentlich auszeichnen, die - auch unter Inkaufnahme eventueller Nachteile - couragiert für die Wahrung der in der Bayerischen Verfassung garantierten Rechte eintreten, insbesondere für das freie Wort, für die freie Meinungsäußerung, für die Demonstrationenfreiheit.

Der Preis wird anlässlich des 100. Geburtstages von Wilhelm Hoegner (1887 - 1980, Bayerischer Ministerpräsident 1945/46 und 1954 bis 1957) gestiftet. Der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, „Vater“ der Bayerischen Verfassung, die am 1. Dezember 1946 durch Volksentscheid in Kraft trat, hat sowohl durch seine politische Arbeit wie durch seine persönliche Lebensführung, insbesondere durch seinen unerschrockenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, ein Beispiel für alle Demokraten gegeben.

Der Preis ist mit 5.000 Mark dotiert. Er wird alljährlich durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung überreicht. Die Auswahl des Preisträgers/der Preisträgerin trifft ein Kuratorium. Diesem Kuratorium gehören an die Landesvorsitzende der staatsbürgerlichen Mitverantwortung in Bayern, Dr. Diemut Schnetz, der Kulturdezernent der Stadt Nürnberg, Dr. Hermann Glaser, der Kabarettist Dieter Hildebrandt und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Karl-Heinz Hiersemann.

Richtschnur für das Kuratorium ist insbesondere der Artikel 110, Absatz 1, der Bayerischen Verfassung: „Jeder Bewohner Bayerns hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern: An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- und Anstellungsvertrag hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“

(-/6.7.1987/vo-he/rs)

* * *